

Nur noch schwere Erkrankungen obligatorisch versichern

Vereinigung PULSUS stellt Grundversicherung in Frage

Bern (sda) Die Vereinigung PULSUS schlägt vor, nur noch Spitalaufenthalte und die Behandlung chronischer Krankheiten durch die obligatorische Grundversicherung zu decken. Weitere Therapien müssten Kranke selbst bezahlen oder zusätzlich versichern.

Mit einem solchen Drei-Säulen-Modell könnten die Prämien in der Grundversicherung massiv gesenkt werden, teilte PULSUS am Mittwoch in Bern den Medien mit. Das Krankenversicherungs-Obligatorium würde damit allerdings teilweise aufgehoben.

Heutiges System wird bevorzugt

Gemäss einer von PULSUS in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage in 1000 Haushalten könnten sich 45 Prozent der Befragten mit diesem Vorschlag anfreunden. 52 % bevorzugten das heutige System, darunter vor allem Befragte mit Minimalfranchise, Ältere und Personen mit tiefem Einkommen.

Von den 45 Prozent, die den Vorschlag unterstützten, würden 23 Prozent künftig nicht mehr gedeckte Leistungen selbst bezahlen. Die übrigen würden eine Zusatzversicherung abschliessen.

PULSUS will die Idee deshalb weiterverfolgen und im Lauf dieses Jahres ein konkretes Modell vorlegen, wie Präsident Hans Notter ankündigte. Es dürfe deswegen aber zu keinen zusätzlichen Unterversicherungen sowie zu einer Entsolidarisierung kommen.

Abgrenzung noch offen

Eine Verlagerung von günstigeren ambulanten zu teureren stationären Behandlungen müsse ebenfalls verhindert werden. Noch sei aber nicht definiert, was unter schweren und leichteren Erkrankungen zu verstehen sei. Nötig seien ein Diagnosekatalog und eine Definition des Schweregrades von Krankheitsstadien.

Die Umfrage belege zudem, dass Hausarztmodelle kaum Einsparungen bringen, sagte Notter. Die von den Krankenkassen geforderte Aufhebung des Vertragszwanges werde zudem

unterlaufen: 55 Prozent der Befragten würden die Kasse wechseln, wenn sie dadurch beim Arzt ihrer Wahl bleiben könnten. 27 Prozent würden den Arzt wechseln.

Den Leistungskatalog der Grundversicherung zu straffen, sei in der Praxis nicht möglich. Auch deshalb brauche es einen neuen Denkansatz für den Kampf gegen steigende Krankenkassenprämien.

Die Vereinigung PULSUS zählt rund 400 Mitglieder, vorwiegend in der Deutschweiz, darunter selbstständige Ärzte, Therapeuten und Zahnärzte. Die Umfrage wurde im Januar vom Institut Demoscope in 1000 Deutsch- und Westschweizer Haushalten durchgeführt, befragt wurden Personen ab 15 Jahren.